Naunhofer Nachrichten

Ortsblatt für Albrechtshain, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Großsteinberg, Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna und Umgegend.

Bezugspreis:
Frei ins Haus durch Austräger Mk. 1.20 vierteljährlich.
Frei ins Haus durch die Post Mk. 1.30 vierteljährlich.

Mit zwei Beiblättern:
Illustriertes Sonntagsblatt
und
Landwirtschaftliche Beilage.
Letztere alle 14 Tage.

Verlag und Druck:
Günz & Eule, Naunhof.
Redaktion:
Robert Günz, Naunhof.

Ankündigungen:
Für Inserenten der Amtshauptmannschaft Grimma 10 Pfg. die fünfgespaltene Zeile, an erster Stelle und für Auswärtige 12 Pfg.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Die Naunhofer Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittag 5 Uhr mit dem Datum des nachfolgenden Tages. Schluß der Anzeigenannahme: Vormittags 11 Uhr am Tage des Erscheinens

Nr. 102. Mittwoch, den 26. August 1903. 14. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die dieses Jahr besonders fühlbar gewordene

Feldmausplage

werden die hiesigen Feldbesitzer zur **sofortigen** Ergreifung von Maßregeln zur **Vertilgung der Feldmäuse** bei einer Strafe von 100 Mark Geld oder entsprechender Haft angehalten.

Die Wahl der Mittel bleibt dem Einzelnen überlassen, jedoch dürfen **vergiftete Körner** nur in die tiefer gehenden **Falllöcher, nicht aber** in die seichteren, sogenannten **Scharrlöcher** gebracht werden.

Naunhof, am 25. August 1903.

Der Bürgermeister.
Igel.

Eine Wehrsteuer

scheint in Aussicht zu stehen. Vielleicht im Zusammenhang mit diesem dem neuen Kriegsminister Preußens zugeschriebenen Plan dürften die jetzt auffallend häufigen Erörterungen namentlich konservativer Blätter über die Schwierigkeit, den Offiziersbedarf zu decken, gebracht werden. Denn in der oft offiziös bedienten „Köln. Ztg." wird zur Begründung der Forderung einer Wehrsteuer ausgeführt:

„Nicht um Geld allein handelt es sich hierbei und nicht allein um Erhöhung der Pension, sondern darum, daß denjenigen Offizieren, welche vorzeitig und bei voller geistiger und körperlicher Arbeitskraft das Heer zu verlassen genötigt sind, nun Gelegenheit geboten wird, sei es in der Heeresverwaltung, sei es im Staats- oder Gemeindedienste mehr als dieses bisher der Fall war, Verwendung zu finden. Seit Jahrzehnten hat die Militärverwaltung die Ueberzeugung gewonnen, daß ein tüchtiges Unteroffizierkorps nur dann zu erhalten ist, wenn für die Zivilanstellung der Unteroffiziere gesorgt wird, und schon nach zwölfjähriger Militärdienstzeit können die Unteroffiziere in die Zivilverwaltung übertreten, in welcher den fähigern Männern noch eine lohnende Zukunft in Aussicht steht. Was für die Unteroffiziere längst für Recht erkannt ist, das muß auch für die Offiziere geschehen, denn eine ungemeine Härte ist es, die Offiziere nach 20 bis 25jähriger Dienstzeit berufslos auf die Straße zu werfen und sie gezwungenem Müßiggange auszusetzen. Wird hier nicht von Grund aus Abhilfe erfolgen, so werden in Zukunft eine Menge von geeigneten jungen Männern der Offizierslaufbahn fern bleiben, bald wird sich zum Schaden des inneren Wertes die Zusammensetzung unseres Offizierskörpers ändern und abgesehen von den Söhnen der alten Militärfamilien werden sich der Offizierlaufbahn meist nur solche junge Männer widmen, deren Eltern mit großem Geldbeutel gesegnet sind. Dann wird noch mehr als bisher die ganze Lebenshaltung der Offiziere gesteigert werden, trotz aller Bestimmungen wird immer mehr Luxus und Wohlleben im Heere sich einbürgern und immer mehr werden die Söhne der alten soliden Familien dem Heere fern bleiben müssen, weil sie nicht mehr die Mittel haben, die teure Laufbahn zu ergreifen.

Dieser Gefahr durch ein neues Versorgungs-System vorzubeugen, wird eine der schwierigsten Aufgaben des Kriegsministeriums sein und für alle Zukunft wird sich derjenige Kriegsminister den Dank des Heeres erwerben, welchem es gelingt, diese Frage zu lösen. Die durch ein neues Gesetz hervorgerufenen Mehrkosten können zum größten Teil durch eine Wehrsteuer aufgebracht werden. Seit vielen Jahren verlangen mehrere Millionen von alten Soldaten, daß endlich die vom Dienst befreiten und voll erwerbsfähigen Männer zur Wehrsteuer herangezogen werden. Mit Recht verlangen die alten Soldaten, daß nicht sie allein die Last des Dienstes tragen, aber auch dieses gerechte Verlangen der alten Soldaten, welches schon im Jahre 1895 in einer Eingabe des Kyffhäuser-Kriegerverbandes zur Kenntnis des Reichstags und der Regierung kam, ist im Kriegsministerium bis jetzt unberücksichtigt geblieben."

Bekanntlich sind die Meinungen über eine Wehrsteuer sehr geteilt. Aber die Frage des Offiziersersatzes, wenngleich sie für Sachsen nicht allzu brennend, erheischt doch eine Erwägung, ob mit diesem Mittel eine Besserung der gegenwärtigen Zustände herbeigeführt werden kann. Daß es für einen Offizier äußerst hart ist, nach einer Anzahl Dienstjahre mit einer unzureichenden Pension entlassen zu werden, liegt auf der Hand. Vielleicht könnte manches in dieser Richtung geschehen, wenn man vor der Ernennung zum Offizier recht streng verfahren würde und alle Elemente ausschlösse, die nicht die sichere Gewähr bieten, daß ihre Kräfte für längere Zeit ausgenutzt werden können. Auszuscheiden wären vor allen Dingen Leute wie der Fähnrich Hüffener.

König Peter I.

CK. Wie König Peter I. von Serbien sich auf seinem Thron einzuleben sucht, schildert der Belgrader Berichterstatter der „Daily Mail in einem längeren Artikelt der angesichts der Verhältnisse in Serbien von besonderem Interesse ist: „Der „Rote Peter", der noch vor kurzem ein Demokrat, ja seiner Ueberzeugung nach fast ein Sozialist war, versteht es, einen Thron einzunehmen und zu regieren, ohne zu viel von seinen früheren Grundsätzen zu opfern. Peter I., ist „König, aber er regiert nicht." Er ist sehr klug und zeigt ein lebhaftes Interesse für fast jeden Verwaltungszweig. Er befragt die Minister über die genauesten Einzelheiten, läßt sie aber frei handeln und versucht nie, sie in ihren Handlungen zu beeinflussen. Er präsidiert jeder Ministerkonferenz, nimmt an den Debatten teil und äußert rückhaltlos seine Meinung, läßt die verantwortlichen Minister aber über Fragen der gewöhnlichen Staatsgeschäfte selbst entscheiden. Ebenso drückt er keinen Wunsch inbezug auf Ernennungen oder Entlassungen aus. Alle an den König gerichteten Briefe von Personen, die Stellung in öffentlichen Aemtern suchen, werden den Abteilungschefs ohne eine Aeußerung des Königs überwiesen, auch die Briefe seiner Verwandten. Wenigstens 300 Vettern und Basen des Königs, die seit Peters Thronbesteigung ihre Verwandtschaft mit den Karageorgiewitsch herausgefunden und daraus Anspruch auf schöne Stellungen abgeleitet haben, mußten erfahren, daß der König „leider" die Anstellungen ganz in die Hände seiner Minister gelegt hat. Eine andere Eigenschaft des Königs ist es, daß er sich auf keine Weise in die Parteipolitik mischt, aber er verliert keine Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß die jetzt in Serbien so scharf geführten Parteikämpfe nicht zur Wohlfahrt des Landes führen können. Er übt auch keinen direkten Einfluß auf die auswärtige Politik des Landes aus. Sein Privatleben hat sich seit seiner Thronbesteigung kaum geändert. Er lebt ebenso einfach und demokratisch wie in Genf und beobachtet die Hofetikette nur, so lange sie nicht seinen demokratischen Ueberzeugungen widerspricht. Er steht jeden Morgen um fünf Uhr auf und fährt mit Begleitung eines Adjutanten in die Umgebung Belgrads. Um 7 Uhr kehrt er zurück und um 8 Uhr beginnt die Tagesarbeit. Zuerst empfängt er seinen Privatsekretär, der ihm seine Briefe und die übrige Post vorlegt. Dann stattet der Polizeipräfekt von Belgrad seinen Bericht ab, der den König über alle wichtigen und interessanten Vorkommnisse innerhalb der Stadt zu unterrichten hat. Ihm folgt der Adjutant, der gleichzeitig als Hofmarschall fungiert, und schließlich der Chef des königlichen Haushalts. Der letztere muß täglich Rechnung legen über alles Geld, das auf Rechnung der Zivilliste ausgegeben worden ist. Der König prüft jeden Posten sorgfältig. Auf seine Anregung ist die doppelte Buchführung im königlichen Haushalt eingeführt worden. Um 10 Uhr besucht ihn sein lebenslänglicher Freund Oberst Marquis de Rose, mit dem er Privatangelegenheiten bespricht. Der Marquis ist jetzt der Gast des Königs und war des Königs Schulfreund und Kriegsgefährte. Seitdem er vor sechs Jahren den französischen Dienst quittierte, ist er fast ständig mit Peter zusammen gewesen. Nachher empfängt der König die Minister oder andere Personen, die eine Audienz nachgesucht haben, oder liest die Zeitungen, fast alle serbischen und einige deutsche und französische. Um ½1 Uhr wird das Frühstück serviert, an dem der Marquis de Rose und einige Offiziere des Haushalts teilnehmen. Es besteht hauptsächlich aus serbischen und französischen Gerichten. Der König trinkt wegen einer inneren Krankheit, die jetzt allmählich verschwindet, nur Mineralwasser. Um 1 Uhr zieht er sich in seine Privatgemächer zurück, wo er bis 3 Uhr bleibt, und dann empfängt er wieder den Privatsekretär. Manchmal macht er vor dem Diner um 7 Uhr noch eine Fahrt durch die Stadt. Das Diner dauert selten länger als eine Stunde, und nachher liest der König meist Bücher über finanzielle oder militärische Themen. Auch für die Industrie interessiert er sich sehr, und er bemüht sich darum, daß fremde Kapitalisten ihr Geld in Serbien anlegen. Er ist ein vorzüglicher Schütze, hat aber sonst keine besondere Neigung für einen Sport. Peter I. wird gewöhnlich für einen gutmütigen und energischen Mann mit großer Fähigkeit zum Herrschen und bewundernswerter Fähigkeit gehalten . . ."

Lord Salisbury †!

Salisbury ist am Sonnabend um 9 Uhr 15 Minuten abends auf seinem Schlosse Hatfield im Alter von 73 Jahren gestorben.

Mit Salisbury ist einer der in der modernen Zeitgeschichte am meisten genannten und für sein Vaterland auch mit Grund vielgerühmten Staatsmänner dahingeschieden. Das Schwergewicht seiner staatsmännischen Verdienste liegt in dem Einflusse, den er auf die Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse der vereinigten Königreiche von Großbritannien und Irland genommen hat. In den großen Weltereignissen, an denen teilzunehmen und mitzuwirken er berufen war, wird sein Name überschüttet von seinem genialen Vorgänger Disraeli, dem einzigen Lord of Beaconsfield, wurde sein Name und sein Einfluß in den Hintergrund gedrängt durch die stürmische und großzügige Imperialpolitik seines Nachfolger als Führer der britischen Nation Chamberlain. Es war eine heiße Zeit, schwerer innerer Kämpfe und gefährlicher auswärtiger Verwickelungen, in der Robert Artur Talbot Cecil Marqis von Salisbury teils an der Leitung der Staatsangelegenheiten Englands teilnahm, zum großen Teile selbst diese Leitung der Staatsgeschäfte besorgte. Von den drei großen Epochen in der Geschichte seines Wirkens, der Zeit des russisch-türkischen Krieges von 1877—78, des Kampfes um die irische Homerule in der Zeit von 1880—86 und des Transvaalkrieges, ist es die Zeit der innerpolitischen Kämpfe, aus der die politische Persönlichkeit Salisburys uns am bedeutensten entgegentritt.

Rundschau.

— Der Wechsel im **Reichsschatzamt.** Wie von allen Seiten bestätigt wird, ist der Reichsschatz-Sekretär Freiherr von Thielmann amtsmüde und will von seinem Posten zurücktreten. Der Staatssekretär war früher deutscher Botschafter in Washington und ist von dort auf diesen Platz berufen, den er nur eine kürzere Reihe von Jahren innegehabt hat. Wenn gesagt wird, weil er die Durchführung der geplanten neuen Finanz-Reform für das Reich — das heißt die Auseinandersetzung zwischen dem Reich und den Bundesstaaten — nicht mehr vertreten wolle, ist das kaum zutreffend. Das Amt des Reichsschatz-Sekretärs ist eben ein ganz eigenartiges, indem es keiner seiner bisherigen Inhaber allzu lange ausgehalten hat. Der Grund liegt darin, daß der Staatssekretär des Reichsschatzamtes sich nicht recht geltend machen kann. Er soll gewissermaßen den Reichsfinanzminister darstellen, ist es aber nicht. Die Einnahmen des Reiches sind indirekter Art, sie werden gesetzlich festgelegt und eine besodere Finanzpolitik kann also nicht weiter getrieben werden.

— Zur **„Kaiser-Insel-Angelegenheit"** haben in der Redaktion des sozialdemokratischen Berliner „Vorwärts" zwei Haussuchungen stattgefunden, um zu ermitteln, von wem die bekannten berüchtigten Mitteilungen des genannten Blattes stammten. Es ist aber kein Manuskript gefunden, lediglich einzelne Exemplare der betreffenden Nummern sind beschlagnahmt. Vermutlich wird eine staatsanwaltliche Anklage den Abschluß der ganzen Affäre bilden, wenigstens berichtet das der „Vorwärts". Ein Ruhmesstück war diese Angelegenheit nun gerade nicht; im Auslande ist solche Geschichten-Erzählung schwer möglich.

— Wie der „Vorwärts" mitteilt, ist der verantwortliche Redakteur des Blattes, Genoss: Leid, am Sonnabend nachmittag in seiner Wohnung verhaftet worden und zwar wegen des mit Majestätsbeleidigung verbundenen groben Unfugs, der in dem Artikel von der „Kaiserinsel" erblickt wird. Gegenüber der Erklärung der „Nordd. Allgem. Ztg.", daß Herr v. Trotha von dem Projekt des Schloßbaues nichts wisse, schreibt der „Vorwärts": Diese Erklärung ist für uns wichtiger als man ahnt. Sollte Herr v. Trotha, den wir als den Zeugen und Vermittler angesprochen haben, wirklich der „Nordd. Allgem. Ztg." versichert haben, daß ihm von dem Projekt nicht das Geringste bekannt ist, so fordern wir, da nunmehr die Angelegenheit ein erheblich öffentliches Interesse beansprucht, die Staatsanwaltschaft auf, gegen uns wegen Beleidigung des Hofmarschalls v. Trotha einzuschreiten. Dann können wir nicht nur Herrn v. Trotha als Zeugen laden und die Angelegenheit gerichtlich zur völligen Aufklärung bringen, sondern wir bieten auch der Staatsanwaltschaft einen Weg, sich von der unmöglichen ersten Anklage zurückzuziehen. Wir halten in jedem Punkte unsere Mitteilungen aufrecht und betonen insbesondere gegenüber einer denunziatorischen Presse, daß die von uns für den Plan angebenen Einzelheiten und Motive (Absperrung, Reichstagswahlkreis usw. lediglich der höfischen Begrün-

SLUB
Wir führen Wissen.